Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Montag, den 22. November 1880. Nr. 548.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung vom 20. November.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Tagesordnung:

Interpellation des Abg. Dr. Hänel und Genossen.

Vizepräsident Graf Stolberg erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit und erhält das Wort zur Begründung derselben

Abg. Dr. Hänel: Im Jahre 1878, etwa zweihundert Jahre nachdem Gotthold Ephraim Lessing seinen Nathan den Weisen geschrieben (Lachen rechts), war es, als sich hier in Berlin der europäische Kongreß versammelte, dessen Verhandlungen zu dem Vertrage vom 13. Juli führten. In diesem Vertrage wurde vier Staaten, Bulgarien, Serbien, Montenegro und Rumänien die Aufnahme in die europäische Völkerrechtsgemeinschaft gewährt, nicht ohne Bedenken, sondern nur unter der Bedingung, welche ihnen der europäische Kongreß für diese Aufnahme stellte, daß der Unterschied des religiösen Glaubens und der Bekenntnisse nicht als ein Grund der Ausschließung oder der Unfähigkeit bezüglich der Ausübung der bürgerlichen Rechte, der Zulassung zu Aemtern und Ehren geltend gemacht werden dürfe. Diese Klausel ist von höchster Bedeutung, selbstverständlich für alle Konfessionen. (Rufe: Auch für die Katholiken!) Den Anlaß dazu gab die Lage der Juden in Rumänien. Damals war unsere Regierung von der Nothwendigkeit einer Gleichberechtigung der Juden überzeugt. Es war Fürst Bismarck, der damals entgegenhielt, ob die traurige Lage der Juden nicht gerade daher komme, daß man ihnen die bürgerliche Gleichberechtigung vorenthalte. Nicht weil das Judenthum sozial darniederliege, müsse man ihm die Rechte vorenthalten — weil man sie ihm vorenthalte, liege das Judenthum so sehr darnieder. Als der Vertreter Frankreichs beim Berliner Kongresse alle Einwendungen gegen die Gleichberechtigung der Juden zurückschlug und in warmer Rede nachwies, nur die Erhebung der Juden zu vollberechtigten Bürgern werde alle Unebenheiten entfernen, welche die soziale Verbindung zwischen Juden und Christen hindern, da war es wieder Bismarck, der diesen Ausführungen voll beipflichtete. Als Rumänien mit der Durchführung der Gleichberechtigung der Juden zögerte — da wurde dem Lande die Anerkennung seiner Selbstständigkeit vorenthalten und Fürst Bismarck stand auch hierin voran. Meine Herren, der Berliner Kongreß bestand nicht aus einer „verjudeten Gesellschaft" — nur für Herrn Beaconsfield muß ich um Verzeihung bitten. (Heiterkeit.) Es war Fürst Gortschakoff, der zwar vollkommen anerkannte, daß die religiöse Freiheit gewahrt werden müsse, der sich aber mit Entschiedenheit dagegen erklärte, die Konsequenzen der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung daraus zu ziehen. Er exemplifizirte auf die traurige Lage der Israeliten in jenen Ländern und in einzelnen Landestheilen Rußlands. Es war Fürst Bismarck, der ihm entgegnete und der ihm die Bemerkung entgegenhielt, daß dieser traurige Zustand herbeigeführt worden sei, weil die Juden von der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung ferngehalten worden. Der Vertreter Frankreichs, Herr Waddington, beantragte die Aufnahme der für Serbien beschlossenen Klausel für Rumänien. Er stellte fest, daß nur durch die volle Gleichberechtigung die Assimilation der jüdischen Bevölkerung mit der einheimischen Bevölkerung gefördert werden könne, und schloß mit der Apostrophe, man werde auf lange Zeit eine so feierliche und entscheidende Gelegenheit nicht finden, um die Grundsätze zu befestigen, die den inneren Frieden der zivilisirten Nationen ausmachen. Es war die Versammlung der Vertreter der europäischen Mächte, es waren die ersten Staatsmänner Europas, welche diesen Grundsätzen eine feierliche Anerkennung gaben, die Anerkennung der religiösen Parität und in Folge dessen die volle Anerkennung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Juden. — In der nämlichen Zeit entstand jene scharf-leidenschaftliche antisemitische Bewegung, vor deren häßlicher Gestalt wir heute stehen. Im Anfange konnte diese Bewegung wohl täuschen; im Anfange konnte es scheinen, als ob diese Bewegung sich gegen gewisse jüdische Elemente richtete, um auf diese einen Druck auszuüben, sich schneller zu bekehren. Als ich noch glauben konnte, es handle sich um einen religiösen Kampf, da war ich ziemlich unberührt von dem Streite. Seitdem er sich aber nicht gegen den Glauben, nicht gegen das Schlimme im Judenthum, nicht gegen Parteien, sondern gegen die ganze Race kehrt, seitdem ist es mir klar, daß es gilt, einer Gefahr und einer Perfidie vorzubeugen. (Unruhe). Ja, es ist das Perfideste, was es geben kann, wenn man Jemand seine Race vorwirft. Hier herrscht ein Fatum. Niemand hat sich die Race gewählt, in der er geboren ist. Wenn ich zwischen zwei Uebeln zu wählen habe, dann ist mir der religiöse Kampf der liebere. Der Racenkampf ist ein häßlich Uebel und Diejenigen, die ihn schüren — (Lärm) Warum unterbrechen Sie mich immer? Es sind beklagenswerthe, aber allbekannte Thatsachen, von denen ich rede. Leider giebt es eine Menge, die der Aufregungen und des Skandals bedarf. Sie lief früher zu den sozialistischen Versammlungen, sie läuft heute zu den Antisemiten und wird morgen irgend einem neuen Skandal sich widmen. Man wirft den Juden so mancherlei vor Ja, m. H., gewiß giebt es auch bei den Juden Böses neben Gutem. Gewiß anerkennen auch die Juden selbst so mancherlei Uebelstände, die im Judenthum noch existiren. Aber sollen wir das Volk ein Jahrtausend hindurch auf das Schlimmste bedrückt, sollen wir die Juden gehetzt, todtgeschlagen (Unruhe) ja wohl, nach Bedürfniß todtgeschlagen haben, sollen wir ihnen Jahrhunderte hindurch das Recht für gewisse Erwerbszweige vorenthalten haben, um es ihnen nun zum Vorwurf zu machen, daß sie nicht in wenigen Jahren die Folgen dieser Unterdrückungen verwunden haben! Die volle Gleichberechtigung haben die Juden kaum seit einem Jahrzehnt. Ich für meine Person leugne keineswegs, daß es gewisse Mißstände und Aergernisse auch in jüdischen gab ihm allerhand allgemeine Auskünfte und betonte dabei, daß der Minister „nicht Jedermann antworten" könne. Endlich erfolgte eine Antwort des Ministers. Sie bezweifelte zunächst die Legitimation des Vorstandes der jüdischen Gemeinde von Berlin, als Vertreterin des Gesammtjudenthums aufzutreten und verliert sich schließlich in einigen allgemeinen Erklärungen. Danach mußten wir auch auf eine bestimmtere Aufklärung über die Stellung der Regierung zur Sache Werth legen. Dann schließlich ist doch der Vorstand der jüdischen Gemeinde von Berlin nicht „Jedermann" und seine Legitimation in der Sache keine so zweifelhafte. Man solle also auch der jüdischen Presse, wie Sie die liberalen Blätter nennen, die Grenzen nicht zu eng ziehen. Die Rechte der Juden seien zum großen Theil von 1812 zu datiren. Wenn man Rechte ertheilt, kann man auch nicht verlangen, daß dieselben nur bescheiden angewandt werden. Voll und ganz muß man sie brauchen. Die katholische Frage dürfe sich nicht mit der jetzigen Interpellation kreuzen. Daß die Einwanderung der Juden gar nicht bedrohlich sei, ist statistisch erwiesen, eher findet Auswanderung statt. Die Race an Stelle der Religion zu setzen sei ein Jongleurstück. Wenn sich Juden taufen lassen, werden sie Führer der konservativen Partei. Außerdem seien ja gegen weibliche Semiten keine Antipathien vorhanden. (Heiterkeit.) Niedrigste Leidenschaften seien vielmehr im Spiele, besonders der Neid. Daß die Juden es verstanden haben, Besitz zu erwerben, sei das vorgeworfene Verbrechen. Auch will man, die Juden sollten ihre Kinder nicht so viel in die Schule schicken. Einzelne Juden könnten ja nicht das höchste Ideal erreichen, das könne man aber nicht als einen Fehler der Race ausbeuten. Solche Verirrungen im Prinzipe gingen aber von den Führern der Agitation aus. In allen den Ländern, in denen die Juden volle Emanzipation erlangt haben, ist der religiöse Frieden erhalten worden, weil sich solche Feldzüge nicht dagegen aus fernliegenden Gründen erhoben haben. Aus der konservativen Partei sind die ersten Anregungen zur jetzigen Agitation hervorgegangen. Redner erinnert an die Artikel der „Kreuzzeitung", allerdings auch der „Germania". Im zweiten Stadium soll der Reptilienfonds der Sache nicht fern gestanden haben, besonders durch Gründung verschiedener neuer Blätter. Es sollten solche Blätter, welche den konfessionellen Hader schüren, durch Entziehung der Mittel unterdrückt werden.

Abg. Virchow: Man sucht nach besonderen Gründen, welche uns veranlaßt hätten, unsere Interpellation einzubringen. Der Zweck desselben ist einfach der, das Publikum zu avertiren, daß die hier gekennzeichneten Bestrebungen weder bei der Regierung, noch im Hause auf irgend einer Seite auf Unterstützung rechnen können. Die Antwort der Regierung war vollkommen korrekt und wird nicht verfehlen, im Lande ihre Wirkung zu thun. Freilich hätte ich gewünscht, daß sie etwas wärmer gewesen wäre. Herr von Tisza ist in der Beantwortung einer ähnlichen Interpellation viel weiter gegangen; er hat erklärt, daß in dem Augenblicke, wo die Bewegung zu einem gegenseitigen Aufhetzen der verschiedenen Konfessionen und zu einer Störung des religiösen Friedens führen sollte, sich die Regierung ihrer Pflicht bewußt sein werde, den Schuldigen mit der Wucht des Strafgesetzes zu treffen. Der Vorstand der hiesigen jüdischen Gemeinde hatte bereits unterm 17. Oktober v. Js. an den Minister des Innern eine Eingabe gerichtet, in welcher er im Namen der jüdischen Bevölkerung um Schutz gegen die aufreizenden Verdächtigungen des Herrn Stöcker bat. Diese Eingabe blieb ohne Antwort, ebenso eine zweite vom 20. April und eine dritte vom 31. Mai d. Js. Endlich begab sich der Vorsitzende persönlich in das Ministerium und hatte der Besuch das Resultat, daß am 19. Juni eine Antwort des Ministers erfolgte, in welcher zunächst die Legitimation des Vorstandes der jüdischen Gemeinde, im Namen der gesammten jüdischen Bevölkerung zu sprechen, bemängelt und sodann des Weiteren ausgeführt wurde, daß die Regierung, auch wenn die wünschenswerthe Grenze in der Agitation nicht eingehalten werde, nur so weit einschreiten könne, als Gesetzesverletzungen vorlägen, und solche seien bisher nicht festgestellt worden. (Rechts: Sehr richtig!) Vielleicht wäre es möglich gewesen, wenn diese Antwort ein Jahr früher erfolgt wäre, das Vorkommen solcher Gesetzesverletzungen zu konstatiren. Jedenfalls klang die Antwort nicht sehr ermuthigend. Ueberraschte hatte mich die Ansicht, daß man den Juden ihre gegenwärtigen Rechte nur eingeräumt habe in der Erwartung, daß sie einen mäßigen und bescheidenen Gebrauch von denselben machen würden. Wenn man Jemandem ein Recht giebt, so pflegt man dies doch in der Absicht zu thun, daß er sich desselben in ausgiebiger Weise bediene. Könnten Sie uns nachweisen, daß die Juden ihre Rechte zum Schaden des öffentlichen Interesses gemißbraucht haben, so würden wir ja gerne bereit sein, unsere Hand zu bieten, um solche Ausschreitungen zu verhindern, wir würden aber deshalb noch nicht daran denken, diese Rechte zu kürzen, eine Eventualität, die zu meinem Bedauern selbst der Abg. Reichensperger als möglich in Aussicht genommen hat. Die Agitation gegen die Juden stützt sich vornehmlich darauf, daß es nothwendig sei, die eingeborenen Deutschen gegen die übermäßige Einwanderung der Juden zu schützen. Der hervorragende Statistiker Dr. Neumann hat nun in einer Broschüre nachgewiesen, daß die Behauptung einer übermäßigen Judeneinwanderung jeder Begründung entbehre, daß die Auswanderung sogar stärker sei als die Einwanderung und daß nur in der Stadt Berlin das jüdische Element progressiv zunehme in Folge einer Einwanderung — nicht aus dem Auslande, sondern aus den preußischen Provinzen. (Abg. Reichensperger: Die Zahlen der Broschüre reichen nur bis zum Jahre 1871.) Allerdings erstreckt sich der Beweis nur bis zum Jahre 1871, weil nur bis dahin das statistische Material vorlag, wenn Sie aber behaupten, daß die Sache sich seit 1871 geändert habe, so sind Sie es, die den Beweis für diese Behauptung führen müssen. Das können Sie nicht und Sie erhitzen sich also über einen Gegenstand, der gar nicht existirt. Wenn man Ihnen nachweist, daß in der Religion der Juden durchaus nichts Agressives oder Gemeingefährliches zu finden sei, so antworten Sie: wir bekämpfen nicht die jüdische Religion, sondern die Race. Aber vergessen Sie denn, daß getaufte Juden hervorragende Führer der konservativen Partei gewesen sind? Ich erinnere nur an Stahl und Leo, um nicht näherliegende Beispiele zu wählen. Hat sich denn Ihr Racenhaß gegen diese gern aufgenommenen Parteigenossen nicht geltend gemacht? Giebt es nicht sehr vornehme Familien, die mit Juden verschwägert sind? Richtet sich Ihr Racenhaß vielleicht auch nur gegen das männliche Geschlecht? (Große Heiterkeit.) Die Race scheint also doch nicht das Abschreckende zu sein und es bleibt nur die Religion, welche Sie verfolgen. Da wird man denn doch sehr stutzig, um so mehr, als es schließlich die niedrigsten Leidenschaften sind, die entscheidend werden. Vor Allem der Neid! Der Umstand, daß die Juden es sind, die das Geld haben und die es anzusammeln wissen, regt die Massen gegen sie auf. (Ruf rechts: Es kommt darauf an, wie sie es verdienen!) Nicht blos gegen den unreellen Erwerb richten sich die Angriffe. Vor mir liegt eine Broschüre, in welcher darüber geklagt wird, daß der Prozentsatz der jüdischen Kinder in unseren Schulen wachse, und daß es deshalb einen Kampf um's Dasein gelte, den die germanische Race gegen die jüdische zu führen habe. Wollen Sie denn der jüdischen Bevölkerung einen Vorwurf daraus machen, daß sie ihren Kindern eine gute Erziehung geben läßt und sie dadurch befähigt, diejenigen, die Nichts gelernt haben, zu überflügeln? Herr von Heydebrand erklärte, diejenigen Juden, die er persönlich kennen gelernt habe, seien sehr achtungswerthe Männer gewesen, nur im Allgemeinen tauge die jüdische Bevölkerung wenig. Es liegt mir sehr fern, zu behaupten, daß alle Juden angenehme Leute sind, ebenso wenig will ich für alle ihre Eigenschaften eintreten oder alle Juden, welche in der Presse thätig sind, für vortreffliche Leute halten. Diese Mängel und Auswüchse werden aber von den Juden selbst anerkannt und bekämpft; ich verweise Sie in dieser Beziehung auf eine Broschüre des Dr Breslau, die bereits in zweiter Auflage erschienen ist. Die jüdische Race ist sehr gut veranlagt; es kommt nur darauf an, diese Anlagen richtig zu entwickeln, und das kann nur durch einen guten Schulunterricht geschehen. Daß es sehr wohl möglich ist, auch in Ländern, wo das jüdische Element stark entwickelt ist, den religiösen Frieden zu erhalten, beweist das Beispiel Hollands. Ich schließe mit der Hoffnung, daß die heutige Debatte dazu beitragen möge, die öffentliche Meinung über die vorliegende Frage zu klären und die vorhandenen Gegensätze auszugleichen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Hobrecht: Die Interpellation des Abg. Hänel war gerechtfertigt, wenn auch vielleicht nicht durch die kolportirte Petition, so doch durch den Wunsch und die Hoffnung, daß in einer nun seit Jahren andauernden Bewegung, die unser öffentliches Leben stört und beunruhigt, eine offene, zweifelfreie Erklärung der Regierung wohl bewirken werde, einen Stillstand und Beruhigung herbeizuführen. Es handelt sich nach meiner festen Ueberzeugung nicht um einen konfessionellen Hader, sondern um einen Racengegensatz. Die konfessionellen Gegensätze spielen nur insofern hinein, als leider konfessioneller Eifer es nicht verschmäht, diesen Racengegensatz als Bundesgenossen anzurufen und anzustacheln. Unsere Aufgabe kann nur sein, dahin zu wirken, daß in der öffentlichen Thätigkeit unserer bürgerlichen und staatsbürgerlichen Organe jeder Versuch streng fern gehalten werde, sie in den Dienst irgend einer parteiischen Tendenz zu stellen. Darin liegt auch die Gefahr dieser ganzen Agitation, daß sie Leidenschaften wachgerufen hat, die sich nicht kontroliren lassen. Von unserer Diskussion müssen Sympathien und Antipathien möglichst fern gehalten werden. Wenn wir einem der besten Züge unseres Nationalcharakters folgend nicht nach einem Sündenbock suchen, sondern das Auge auch in unser Inneres wenden, so wissen wir sehr bald genau, wo es fehlt und was zu ändern ist. Ich stimme dem Vorredner darin bei: den leidenschaftlichen und heftigen Anklagen und Vorwürfen gegen die Juden liegt ein gut Theil des häßlichsten Neides zu Grunde. (Zustimmung links.) Es liegt ihnen zu Grunde ein beklagenswerther Mangel an ruhigem festen Selbstvertrauen und an Energie. Wir haben in einer der kolportirten Petitionen die Aeußerung gelesen: „Wo in gleicher Zahl Juden und Christen zusammen sind, da sind die Juden die Herren, die Christen die Knechte." Meine Herren, das ist nicht wahr. Wenn es wahr wäre, dann hätten die Juden recht, dann wären wir durch unsere Schuld die Knechte. Wenn unsere jüdischen Mitbürger sich selbst prüfen, so werden sie auch in sich den Feind erkennen, den sie zu bekämpfen haben, und Mancher hat das offen ausgesprochen. In einer gleichberechtigten Gesellschaft ist unerträglich dieses maßlose fürchterliche Geschrei, wenn Einem von ihnen — um den Ausdruck des Abg. Reichensperger zu brauchen — auf die Hühneraugen getreten wird; wenn gar Jemand in einer abhängigen Stellung, dessen Amt ihn zu besonderer Diskretion verpflichtet, sich gegen einen Juden eine Taktlosigkeit oder Ungezogenheit zu Schulden kom-

men läßt, was ja übel genug ist, dann hören sofort alle Rücksichten auf, dann sollen alle Behörden Zeugniß ablegen von der Tiefe ihrer Entrüstung, dann soll der Spruch, der das deutsche Rathhaus ziert: „Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man soll sie billig hören Beede" — vergessen sein. Das sind Defekte auf beiden Seiten, die beseitigt werden müssen. Aber ein Parlament kann dagegen keine Hülfe gewähren, sondern nur die Gesellschaft. Wenn wir uns Alle das viele Gute und Schöne in's Gedächtniß rufen, was grade in Preußen dadurch erworben ist, daß Deutsche und Juden sich die Hand gereicht haben, daß sie in Forschung und praktischer Thätigkeit miteinander gewetteifert haben, dann werden wir die Geduld und Besonnenheit finden, ohne die diese Krankheitserscheinung nicht zu überwinden ist. Die Regierung hat eine zweifelfreie Erkärung abgegeben, wir nehmen von ihr mit dem Vertrauen Akt, daß die Staatsregierung auch die Konsequenzen dieser Erklärung auf allen Gebieten der Verwaltung ziehen und zur Geltung bringen werde. Wir sind überzeugt, daß sie in allen Fällen lediglich ruhige und leidenschaftslose Gerechtigkeit wird walten lassen. Das Uebrige muß der gesunde Verstand und das gesunde Herz unseres Volkes besorgen. (Beifall.)

Abg. Träger: Es ist merkwürdig, daß wir heute in dem großen und mächtigen Preußen die Judenfrage debattiren müssen und zwar in einer Weise, wie es heute geschehen. Erinnern wir uns denn dabei nicht, daß das darniederliegende und gedemüthigte Preußen dieser Frage in einer ganz anderen Weise näher trat? Damals wurde den Juden schon das Staatsbürgerrecht zugewiesen und sogar die Bundesgesetze legten im Artikel 16 allen Bundesregierungen die Tendenz nahe, den Juden die volle Gewährung der staatsbürgerlichen Rechte gegen Uebernahme der staatsbürgerlichen Pflichten zu gewähren, und ausdrücklich wurde ihnen Alles, was sie an Rechten in den Bundesstaaten hatten, gewährleistet. Die preußische Regierung wendete sich deshalb in den Jahren 1828—1830 an die Stände, jedoch fielen die Aeußerungen so ungünstig aus, daß diese Bestrebungen fallen gelassen wurden. Im Jahre 1845 erklärten sich sodann freiwillig von den acht preußischen Provinzialständen fünf für die Erweiterung der Rechte der Juden und sogar zwei für die volle Gleichberechtigung, und deshalb legte die Regierung im Jahre 1847 den bekannten Gesetzentwurf vor. Und welche Schicksale, meine Herren, erfuhr er zunächst? Lassen wir den Herren den Vortritt. In der Herrenkurie vereinigten sich die drei ersten Redner, die Grafen Dyhrn, York und Fürst Lynar zu dem Antrage, dem vorgelegten Gesetzentwurf die Genehmigung zu versagen und einen neuen Entwurf vom König zu verlangen, wonach volle Gleichberechtigung den Juden zu Theil werden solle. In der Kurie der drei Stände war das Schicksal des Gesetzentwurfs dasselbe, überall kam der Tendenz der vollen Gleichberechtigung der Juden die größte Sympathie entgegen. (Redner verliest eine Stelle aus den damaligen Verhandlungen der Kurie, wonach für die Gleichberechtigung der Juden plaidirt wurde, und fährt dann fort): Ja, m. H. das war nicht das Mitglied einer extremen Partei, sondern es war der Fürst Reuß. Auch die Vertreter der Ritterschaft, mit Ausnahme der Herren von Manteuffel und von Bismarck-Schönhausen, hatten alle die gleiche Gesinnung. M. H., das waren Ihre Vorfahren, die aber auf einer ganz anderen Seite gestanden haben, als die ist, auf die man sie heute bringen will. Sie verwahren sich gegen den Vorwurf des Rückschritts. Sie wollen konservativ sein, d. h. das Bestehende und Erprobte gegen den Ansturm zweifelhafter Neuerungen vertheidigen. Wo hier das Erprobte liegt, ist nicht schwer zu entscheiden. Mit dem Christenthum haben diese Bestrebungen nichts zu thun. Dagegen sind es sozialistische Bestrebungen, und zwar nicht ehrliche, sondern unehrliche. Man weckt den Neid der wenig Besitzenden gegen die mehr Besitzenden, der Unbeholfeneren gegen die Geschickteren. Man hat damals den Juden die Freiheiten gegeben, ohne den Gedanken eines Vorbehalts, wie ihn der Abg. Reichensperger ausgedrückt hat. Damals schon wies man auf die Juden hin, die in den Freiheitskriegen mitgekämpft hätten, liegt uns eine derartige Hinweisung nicht viel näher? Hat man das eiserne Kreuz und die Ehrenzeichen des letzten großen Krieges etwa mit besonderen Abzeichen für Christ und für Juden verliehen? Ist es nicht das höchste Ehrenrecht, für sein Vaterland bluten und sterben zu dürfen und sind nicht alle anderen Rechte ihm gegenüber verschwindend klein? Aber nicht blos mit dem Schwerte, sondern auch mit dem Beutel in der Hand haben die Juden stets thatkräftige Hülfe geleistet und sogar auch jeder Wohlthätigkeit, welche ich die spezifisch christliche nennen möchte, die sich eigentlich in Gegensatz zu der allgemeinen Wohlthätigkeit stellt, zuweilen einen recht offensiven Charakter trägt. Bereits im vereinigten Landtag äußerte Camphausen, daß die Existenz des preußischen Staates an die politische Gleichberechtigung der verschiedenen Konfessionen geknüpft sei und daß die Monarchie gefährdet werde, wenn dieser Grundsatz nachhaltig und wesentlich verlassen werden sollte. Schon das Allgemeine Landrecht, das bis heute unübertroffene Muster eines Gesetzbuches, verlangt nur, daß jede Kirchengesellschaft ihren Mitgliedern Ehrfurcht gegen die Gottheit, Gehorsam gegen die Gesetze, Treue gegen den Staat und sittlich gute Gesinnung gegen ihre Mitbürger einflöße; und in keiner dieser Beziehungen stehen die Juden den Christen nach. Es ist traurig, daß wir heute, dreiundzwanzig Jahre nach der Begründung unseres Konstitutionalismus, diese Debatte haben, in der nichts vorgebracht ist, was nicht schon damals vorgebracht und anerkannt oder widerlegt worden ist. Damals belebte aber das Volk und seine Vertreter noch ein gewisser Idealismus und man war noch nicht so weit gekommen, freiheitliche und humane Bestrebungen mit der Bezeichnung Doctrinarismus zu belegen.

Abg. Windthorst erklärt zunächst, daß er nur seine persönliche Ansicht ausspreche. Die Interpellation war durchaus nicht motivirt; sie wird das Gegentheil von dem bewirken, was beabsichtigt war, und das bedauere er im allerhöchsten Maße. Die Herren haben sich hinreißen lassen durch die Hitze des Momentes. Die Interpellation ist von der Regierung zutreffend und erschöpfend beantwortet worden. (Abg. Hänel: Also!) Der Abg. Virchow findet die Antwort kühl; uns würde eine solche Antwort in ähnlichen Fällen nicht zu kühl gewesen sein. (Sehr gut! im Centrum.) Uns ist eine solche Antwort niemals zu Theil geworden. Das ist auch ein Zeichen der Zeit, daß man uns kühl, Andere weniger kühl behandelt. (Sehr richtig! im Centrum.) Ich weiß auch nicht, was Herr Träger noch vorzutragen hatte, nachdem von allen Seiten anerkannt war, daß an dem bestehenden Rechtszustande nichts geändert werden solle. Oder wollte er nur seinen Fraktionsgenossen ins Gedächtniß zurückrufen, wie sie von alledem das Gegentheil gethan, was er ausgeführt? (Sehr gut! im Centrum. Heiterkeit.) Die schwierige Frage der sozialen Stellung unserer jüdischen Mitbürger im christlichen Staate sollte erst wissenschaftlich behandelt, aber nicht in das Tagesleben und die Massen hineingeworfen werden. (Hört!) Der ganze Inhalt meines Gedankenganges ist kurz: Keine Judenhetze, aber auch keine Christenhetze, vor Allem keine Katholikenhetze! Politische und religiöse Duldung sind wir allen unseren Mitbürgern schuldig, namentlich aber auch den jüdischen, weil sie in der Minorität sind. Aber diese Duldung soll nicht einseitig, sondern gegenseitig sein. Die Frage ist in der Presse nicht immer in der richtigen Weise behandelt, unsere jüdischen Mitbürger sind oft verletzt worden. Das muß ich entschieden mißbilliger. Jedenfalls gehört die Angelegenheit nicht in die Volksversammlungen, so lange nicht bestimmte Resultate auf wissenschaftlichem Gebiete erzielt sind. Aber alle diese Erörterungen wären nicht eingetreten, wenn nicht ein Theil unserer jüdischen Mitbürger selbst Veranlassung dazu gegeben hätte. Einer der Hauptpunkte ist nach meinem Dafürhalten der, daß, wenn ein einzelner oder eine Mehrzahl von Juden etwas gethan hat, was mit Recht getadelt wird, man das verallgemeinert und generell hinstellt. Es ist richtig, daß ein Theil der Juden eine Weise angeschlagen hat, die für die Gesellschaft höchst bedenklich ist; die ruhig Denkenden unter den Juden sollten ihre Genossen auf den rechten Weg bringen. Namentlich hat in den kirchenpolitischen Kämpfen die überwiegende Mehrzahl der jüdischen Literaten eine falsche Stellung eingenommen, sie hätten den Christen ihre Angelegenheiten überlassen sollen, da die Christen sich um ihre Angelegenheiten auch nicht kümmern. Der Abg. Virchow ist über die katholische Frage leicht hinweggeschlüpft. So wenig mich auch die Interpellation und ihre Besprechung gefreut hat, so ist sie doch die beste Gelegenheit, zu zeigen, wie inkonsequent die Kulturkämpfer sind. Ich billige die Erklärung von Notabeln, die neulich in den Zeitungen gestanden hat, vollkommen, aber es muß immer heißen „den jüdischen und katholischen Mitbürgern". (Zustimmung im Centrum.) Es war mir auch eine gewisse Genugthuung, den Namen des Herrn Gneist unter derselben zu finden; er wird nun hoffentlich als Jurist die Konsequenz daraus ziehen und sein Vorgehen von der Moabiter Affaire ab wieder gründlich gut machen. Ich will auch hoffen, daß die Logik langsame Fortschritte machen wird, auch anderwärts. Seien wir tolerant nach allen Seiten hin, dann wird es uns auch gelingen, die Bewegung aus den Gemüthern zurückzudrängen. Man kann es den Juden nicht verdenken, wenn sie von ihren Rechten Gebrauch machen, aber sie dürfen nicht allzuweit gehen. Daß das christliche Prinzip zurückgedrängt wird, verdanken wir der Aera, die mit dem Schulaufsichtsgesetze begann, die eine verhängnißvolle Wendung in der preußischen Geschichte bedeutet. Die Entwickelung des Schulwesens führt dahin, daß der Glaube der Väter in den Kindern verwischt wird. Die Juden können nicht mit Unrecht sagen, was wir thun, haben wir auf Euren Schulen gelernt. Diejenigen, die am Glauben ihrer Väter festhalten, verfallen in diese Fehler niemals. Aber derjenige Theil, der ungläubig geworden ist, reicht dem ungläubigen Christen die Hand und fällt mit ihm gemeinschaftlich über das positive Christenthum her. Wenn man darüber Klagen erhebt, dann soll man es nicht den jüdischen Elementen, sondern der ungläubigen Gesellschaft zur Last legen. Der christliche Sinn kann nur aufrecht erhalten werden [illegible] die freie Bewegung der christlichen Kirche. Sie hat die christliche Kirche geknechtet. (Widerspruch links.) Hat die Regierung etwas gethan, um dieses Unglück abzuwenden? Thut sie jetzt etwas? Sie bleibt in ihrer unerschütterlichen Haltung der Kirche gegenüber. Wenn etwas vom Christenthum verloren geht, so ist die Regierung Schuld daran. (Beifall im Centrum.) Ich flehe die Regierung an, dafür zu sorgen, daß unseren jüdischen Kindern der Glaube der Väter nicht verkümmert werde, um sie vor dem Materialismus und Unglauben zu bewahren. Immer sollten wir uns des Spruches bewußt bleiben: „Was du nicht willst, das man dir thu, das füg' auch keinem andern zu." (Beifall im Centrum.)

Um 4 Uhr wird die weitere Debatte auf Montag vertagt.

Provinzielles.

Stettin, 22. November. Am Mittwoch, den 24. November, werden an der Berliner Börse die Aktien der „Stettiner Straßen-Eisenbahn" durch das Bankhaus C. Schlesinger, Trier u. Co. in Berlin eingeführt und zwar ist der erste Kours auf 108½ Prozent (mit 4 Prozent laufenden Zinsen vom 1. Januar 1880 ab) festgesetzt. Bekanntlich lautet die Konzession der Bahn in Stettin auf 30 Jahre, im Kreise Randow auf 50 Jahre und ist für die Bahn so günstig, daß sie keinerlei lästige finanzielle Bedingungen enthält. Wir geben nachstehend eine Uebersicht über die Einnahmen der „Stettiner Straßen-Eisenbahn."

Einnahme.

	Westend. Mark.	Frauendorf. Mark.	Total. Mark.
November 1879	8056,60	7310,30	15366,90
Dezember -	6976,—	7660,60	14636,60
Januar 1880	6684,—	7901,20	14585,20
Februar -	6339,80	6792,30	13132,10
März -	7485,90	6756,20	14242,10
April -	7686,60	6243,90	13930,50
Mai -	9228,40	8657,80	17886,20
Juni -	10106,30	9086,50	19192,80
Juli -	10913,30	9696,10	20609,40
August -	11599,80	10621,70	22221,50
September -	10271,—	10716,50	20987,50
Oktober -	9114,—	10694,40	19808,40
	104461,70	102137,50	
			206599,20
Dazu für Abonnements			7106,50
			213705,70

Vergleich der Tages-Einnahmen:
Vom 1. bis 14 November 1879 Mark 7413,—, pro Tag Mark 529,50.
Vom 1. bis 14. November 1880 Mark 8121,10, pro Tag Mark 580,08.
In 1880 mehr Mark 708,10, pro Tag Mark 50,58.

Die Tages-Einnahmen pro 1880 haben also das günstige Resultat von Mark 580,08 oder Mark 50,57 mehr als 1879 ergeben. Mit der zunehmenden Frequenz in Westend und den Vorstädten ist eine Zunahme der Einnahmen noch zu erwarten.

— Wie die „N. Stett. Ztg." mittheilt, soll Herr Brauereibesitzer Wilhelm Wolff erklärt haben, daß seine Aufstellung als Kandidat Seitens der Oppositionspartei ohne sein Wissen und Willen geschehen sei. Wir antworten darauf, daß diese Erklärung des geehrten Herrn mindestens von einer großen Unkenntniß der Verhältnisse und von einer eigenthümlichen Auffassungsweise des Erklärenden zeugt. Nach der Städteordnung kann jeder Bürger der Stadt vorgeschlagen werden und ist derselbe bei Strafe verpflichtet, die Wahl anzunehmen, eine Anfrage, ob er die Wahl annehmen wolle, ist also gar nicht erforderlich. Diese Anfrage ist aber bei der Bürgerpartei auch unmöglich. Bei dieser Partei werden nicht die Kandidaten von einem geheimen Tribunal vorher bestimmt, sondern in der Wählerversammlung, zu welcher öffentlich eingeladen wird, von den Wählern des betreffenden Bezirks und der betreffenden Abtheilung vorgeschlagen und nachdem über jeden Vorgeschlagenen eine eingehende Debatte stattgefunden, mit großer Stimmenmehrheit gewählt. So ist es auch in diesem Falle geschehen. Ob eine vorherige Anfrage bei Herrn Wolff gehalten ist, lassen wir ganz dahingestellt.

— Am Sonnabend eröffnete Herr Friedrich Haase am Stadttheater ein auf nur 4 Abende berechnetes Gastspiel vor fast ausverkauftem Hause. Zwei seiner besten Rollen, der Sir Harleigh in „Sie ist wahnsinnig" und der berühmte Rocheferier in „Eine Parthie Piquet" eröffneten den Reigen und zeigten den nicht alternden Künstler wieder in seiner ganzen Vollendung Das Spiel des hochverehrten Gastes übte seine alte überwältigende Wirkung aus und ließe sich auch über die Wahl des hypersentimentalen und sensationellen Mesvilles'schen Drama's genug Unangenehmes sagen, so unterläßt man dies doch gern angesichts der Virtuosenleistung des Herrn Haase. Sein Rocheferier, mit dem obligaten heiseren Husten und Kopfkratzen, hielt dagegen die Heiterkeit des Publikums andauernd in Bewegung und spitzte sie nach Schluß der Vorstellung zu einem dreimaligen Hervorruf zu. Man beehrte den beliebten Künstler mit einem prächtigen Lorbeerkranze.

— Der landwirthschaftliche Verein in Grimmen hat sich in seiner General-Versammlung am 12. d. M. gegen die Beschränkung der Wechselfähigkeit ausgesprochen.

— In vergangener Nacht wurde beim Reinigen der Dunggrube auf dem Grundstück Lindenstr. Nr. 3 die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden.

— Vorgestern wurde Rosengarten 67 eine Kammer erbrochen und einem dort wohnenden Restaurateur ein Schinken im Werthe von 15 Mark gestohlen.

— Der Post-Inspektor P. Schwarz aus Pitt bei Hornskrug erwartete gestern Abend auf dem Centralbahnhof den Abgang eines Zuges und schlief auf einer Bank ein; beim Erwachen bemerkte er, daß ihm aus der Tasche des Ueberziehers ein Portemonnaie mit ca. 30 Mark gestohlen war.

— Mit Bezug auf die zwischen dem Tapezier P. und dem Restaurateur A. in der Fischerstraße vorgekommene Schlägerei giebt uns heute Herr P. an, daß nicht etwa er den A. überfallen habe, sondern daß die Sache sich gerade umgekehrt verhalte, indem er der Ueberfallene sei; die eingeleitete Untersuchung wird wohl das Wahre ergeben.

Literarisches.

Falke, Hellas und Rom. Eine Kulturgeschichte des klassischen Alterthums. (W. Spemann in Stuttgart.) Lfrg. 27—30.

Dieses großartig angelegte Werk, dessen Titel an sich schon genügt, die Bedeutung des Werkes zu charakterisiren, um jeglichen Gebildeten anzulocken, nähert sich immer mehr und mehr seinem Abschluß. Die uns vorliegenden und zuletzt erschienenen Hefte bringen als Fortsetzung des II. Theils: Rom, die Kapitel: Häusliches, öffentliches, religiöses Leben, sowie den Anfang von: Kunst im römischen Leben. — Illustrativ sind diese Hefte besonders reichhaltig. Von den Vollbildern: „Blick auf das heutige Athen"; „Jugendliche athenische Reiter"; „Das Dionysostheater in Athen"; „Rom zur Zeit des Kaisers Aurelianus"; „Straßenscene aus Pompeji" ist der von J. Bühlmann rekonstruirte Plan: „Rom zur Zeit des Kaisers Aurelianus" besonders hervorragend, welches Bild als ein wahres Kunstblatt gelten darf. Mit bekannter Meisterschaft hat uns der berühmte J. Bühlmann unter Benutzung des vorhandenen Materials ein Bild von Rom, zur Zeit des Cäsarenthums, entworfen, der Stadt, von wo aus damals die Welt regiert und durch die kühnsten Unternehmungen in Staunen gesetzt wurde. Die historischen Stätten Roms, von denen wir noch so manche Ueberreste zu besitzen so glücklich sind, werden uns hier in ihrer ursprünglichen Gestalt vor mehr als Jahrtausenden vorgeführt und sie machen einen erhabenen Eindruck auf uns, wenn wir sie in ihrer ehemaligen großartigen Aufführung uns vergegenwärtigen.

Das Falke'sche Werk, auf das wir demnächst ausführlicher zurückkommen werden, ist wie keines der vorhandenen Bücher berechtigt, den Familientisch zu schmücken — Wir empfehlen es daher allen Gebildeten. [242]

Telegraphische Depeschen.

Wien, 21. November. Der Bischof von Linz hat den Gottesdienst zur Gedächtnißfeier Kaiser Josefs in Braunau untersagt, weil die Feier eine Gutheißung des Josefinismus, die Schmälerung der Autonomie der Länder und die Bevormundung der Kirche bedeute.

Pest, 19. November. Das Unterhaus beschloß mit überwiegender Majorität, in die Spezialdebatte über das Budget einzutreten. Die Ausführungen der Redner der Opposition waren vom Finanzminister eingehend widerlegt worden.

Agram, 20. November. Um halb 12 Uhr Nachts machte sich ein leises Vibriren fühlbar. Um 1 Uhr entlud sich ein starkes Gewitter, welches viele Bewohner erschreckte, doch ohne weitere Folgen blieb.

Paris, 20. November. Deputirtenkammer. Der Bericht der Kommission zur Berathung des Antrages betreffend die Untersuchung der Affaire Cissey gelangte heute zur Vertheilung. Der Bericht spricht sich für die Einleitung der Untersuchung aus. Von dem Minister der Marine und der Kolonien, Admiral Cloue, wurde der Gesetzentwurf betreffend die Abtretung der Insel Haiti an Frankreich vorgelegt. Bei der fortgesetzten Berathung des Gesetzentwurfs über die Reform des Richterstandes wurden die Artikel 5, 6 und 7 angenommen. Ueber den Artikel 8, nach welchem die Bestimmung der Unabsetzbarkeit der Richter für ein Jahr aufgehoben werden soll, fand eine längere Debatte statt, in welcher zwei beantragte Amendements abgelehnt wurden. Die Berathung wird am nächsten Montag fortgesetzt.

London, 20. November. Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus Teheran von heute: Die persischen Truppen zerstörten Lej und andere kurdische Dörfer in der Umgegend von Soojbulagh und rückten bis Chavuran vor. Die Häuptlinge der kurdischen Ortschaften und Dörfer haben sich nach Sardash, 50 Meilen von Soojbulagh, geflüchtet.

Ragusa, 20. November. Derwisch Pascha soll 4000 Mann Verstärkung verlangt haben.

Athen, 20. November. Der Sismograph am Vesuv zeigt eine erhöhte unterirdische Thätigkeit an. Die Lava ergießt sich fortdauernd und reichlicher in nordwestlicher Richtung.

Konstantinopel, 20. November. Dem Vernehmen nach beabsichtigte Derwisch Pascha heute mit mehreren Bataillonen auf Dulcigno zu marschiren. Die Pforte hofft, daß die Uebergabe binnen acht Tagen bewerkstelligt sein wird.

Konstantinopel, 20. November. Die Truppen Derwisch Paschas in der Umgebung von Dulcigno sollen von Albanesen eingeschlossen sein. Die Albanesen weigern sich, das zuletzt zu den Fahnen einberufene Kontingent von Redifs zu stellen. Die albanesische Liga hat Osman Pascha angezeigt, daß sie jedem Versuche, das Dekret des Sultans zur Ausführung zu bringen, mit Gewalt entgegentreten würde.

Aus Prizrend wird gemeldet, daß das dortige österreichische Konsulats-Gebäude geplündert worden sei.

Bescheidene Anfrage.

Steht nach den jetzigen Dienstvorschriften für königliche Bahnbeamte es Jemandem — wie etwa einem Güter-Bahnhofs-Inspektor oder einem Güter-Expeditions-Vorsteher — frei, Unterbeamte zu anderen als zu dienstlichen Zwecken, wie etwa zu Wahlagitationen oder dergleichen, herumzuschicken? Welcher Paragraph des Dienstreglements soll dazu ein Recht verleihen? Welcher Paragraph der Dienstvorschriften königliche Beamte nöthigen, einem solchen Auftrage außerhalb oder innerhalb ihrer Dienstzeit Folge zu leisten? Um baldige Antwort wird dringend gebeten!

Ein Lastadienser.